

Digitaler  
Sonderdruck

Zeitschrift für das ge  
**REDITWESEN**

76. Jahrgang · 15. Juni 2023

**12-2023**



Mitherausgeber dieser Ausgabe:  
Bundesverband Öffentlicher  
Banken Deutschlands, VÖB, e.V.


Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse  
Fritz Knapp Verlag · ISSN 0341-4019

# FÖRDERBANKEN 2023

„Die Institute brauchen wieder  
etwas mehr Luft zum Atmen“  
Redaktionsgespräch mit Iris Bethge-Krauß


## Redaktionsgespräch mit Iris Bethge-Krauß

# „Die Institute brauchen wieder etwas mehr Luft zum Atmen“

 Frau Bethge-Krauß, Deutschland stolpert gefühlt von einem Krisenmodus in den nächsten: Corona, nachhaltige Transformation, Wohnen, Energie – und die Förderinstitute sind immer mittendrin. Ist die damit verbundene große Aufmerksamkeit für Ihre Mitgliedsinstitute eher positiv zu werten, da endlich wahrgenommen wird, was die Gruppe der Förderbanken zu leisten imstande ist, oder eher negativ, weil die neue Prominenz ja eben Ausdruck dieser vielen Krisen ist?

Ich finde das grundsätzlich erst einmal positiv, dass Förderbanken, die auch schon in der Vergangenheit allesamt gute Arbeit geleistet haben, ein wenig aus dem Schatten getreten sind und zunehmend von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Das hängt nicht zuletzt mit ihrem Einsatz als Krisenhelfer zusammen. Im Zuge der zahlreichen Hilfsprogramme von Bund und Ländern haben Förderbanken wesentlich

Die Corona-Pandemie wäre ohne den Einsatz von Bund, Ländern sowie Förder- und Landesbanken sicherlich ganz anders verlaufen, mit deutlich höheren Insolvenzzahlen, deutlich größeren Verlusten an Arbeitsplätzen und deutlich mehr persönlicheren Schicksalsschlägen.

 Kehrt denn trotz des anhaltenden Krisenmodus ein Stück weit Normalität ein?

Ja, auf jeden Fall. Denn Förderbanken sind zwar immer noch mit Krisenprogrammen befasst, aber viel mehr noch fungieren sie gemeinsam mit den Landesbanken als Gestalter der Transformation. Entsprechend richtet sich der Blick nach vorne auf folgende Fragen: Wie und welche Förderprogramme müssen aufgelegt werden? Mit welchen Instrumenten kann die größtmögliche Wirkung erzielt werden? Welche Förderziele stehen im Fokus? Wie können Finanzierungen ermöglicht werden? Welche Unterstützung

Da ist in erster Linie das allgegenwärtige Spektrum der Nachhaltigkeit und Digitalisierung eingeschlossen. Die Unterstützung der Energiewende steht dabei im Mittelpunkt. Die Unternehmen müssen sich teilweise neu aufstellen und auf den Weg der Transformation machen. Nachhaltige Geschäftsmodelle zu unterstützen und die Transformation finanziell zu begleiten, ist nicht nur eine Förderaufgabe, sondern steht gleichermaßen auf der Agenda unserer Landesbanken.

Und neben der ökologischen Dimension darf auch die soziale Dimension der Nachhaltigkeit nicht aus den Augen verloren werden. Diese Aufgaben sind von so immensem Aufwand, dass sie nur gemeinsam zu bewältigen sind. Die öffentliche Hand wird das allein nicht schaffen. Hier zählt der enge Schulterschluss von den politischen Entscheidungsträgern auf Bundes- und Länderebene mit ihren Förderbanken sowie gemeinsam mit den Hausbanken und der Wirtschaft.

---


„Die Vergabe öffentlicher Mittel unterliegt strengeren Anforderungen.“


---

dazu beigetragen, die Mittel dorthin zu verteilen, wo sie gebraucht wurden. Und aus diesem Modus sind wir auch lange noch nicht raus, denn die Krisenbewältigung dauert an vielen Stellen noch an.

Darüber hinaus ist es eine gute Sache, dass Deutschland die Fähigkeiten und die Mittel hat, mit den Hilfsprogrammen die Folgen der Krisen so stark und so gut abzumildern, wie das bislang gelungen ist.

brauchen insbesondere der Mittelstand und kleine Betriebe? Und was heißt das für die eigene Organisation und ihre Mitarbeiter? Diese Aufgaben werden die Förderbanken mit ihren Finanzierungspartnern und gemeinsam mit ihren öffentlichen Eigentümern angehen.

 Was sind wesentliche Themenfelder, mit denen sich Förderbanken aktuell beschäftigen?

 Es gab in der jüngeren Vergangenheit immer wieder mal Klagen von Kunden oder Verbraucherschützern, dass die Förderbanken selbst noch lange nicht digital genug sind. Ist dieser Vorwurf berechtigt?

Jein. Die Institute haben in den vergangenen Jahren sehr große Fortschritte gemacht, digitale Infrastrukturen wurden und werden weiterhin aufgebaut. Viele Förderanträge können online gestellt werden. Gleichwohl agieren Förderbanken nicht isoliert, sondern gemeinsam mit den Hausbanken und zunehmend auch mit eingebundener Fachexpertise Dritter.

Die digitale Umsetzung von Förderrichtlinien von Bund und Ländern gestaltet sich nicht immer einfach. Beklagt wird, dass teilweise sehr viele Angaben und Bestätigungen vom Kunden eingefordert werden, Förderung zu bürokratisch sei. Vergessen wird dabei, dass die Vergabe öffentlicher Mittel strengerer Anforderungen unterliegt. Dennoch streben die Förderbanken danach, digitalisierte Produkte im Sinne aller Beteiligten bestmöglich aufzusetzen. Das ist natürlich ein ständiger Prozess der Weiterentwicklung, der nicht nur die Förderprogramme selbst, sondern auch die Arbeitsweisen in den Instituten umfasst.

### Welche Folgen hätte die Einführung des digitalen Euro für die Förderbanken?

Grundsätzlich ist es begrüßenswert, wenn es sowohl eine digitale Retail- als auch eine Wholesale-Variante des Euro gäbe. Aber mich beunruhigt zum einen die Geschwindigkeit, mit der das alles

### Noch einmal zurück zu dem angesprochenen permanenten Krisenmodus: Wie ist das gesamtwirtschaftliche Umfeld mit hohen Inflationsraten, Zinswende, Stagnationssorgen, Bankenkrise und Ähnliches insgesamt einzuschätzen?

Die Herausforderungen für Deutschland sind enorm. Die Gemengelage aus Inflation, Lieferkettenproblemen, Energiepreise, Demografie, Fachkräftemangel und Zinssteigerungen ist brisant. Es kommen immer schneller Einflüsse aus verschiedenen Richtungen, die Auswirkungen auf Wirtschaft und Kreditwirtschaft haben. Das macht es für die Unternehmen nicht einfacher, da viele Entscheidungen in einer unsicheren Situation getroffen werden müssen.

### Gleichzeitig kehren immer mehr auch mittelständische Unternehmen Deutschland den Rücken: Verliert das „Made in Germany“ an Strahlkraft?

„Made in Germany hat weiterhin eine sehr große Strahlkraft.“

umgesetzt werden soll. Ein solch umfangreiches Projekt darf kein Schnellschuss werden. Und zum anderen sehen wir, wie die anderen Verbände übrigens auch, mögliche Risiken sehr viel kritischer als die EZB.

Gerade die Gefahren eines schnellen Abflusses von Einlagen und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Finanzstabilität sind nicht von der Hand zu weisen. Hier kommt es sehr stark auf die Ausgestaltung der digitalen Zentralbank-Währung an. Die Schaffung eines vollständigen, hoheitlichen Bezahlsystems erscheint aus aktueller Sicht nicht angemessen. Vielmehr sollte der digitale Euro als Rohmaterial mit einzelnen Basis-Geschäftsvorfällen verstanden werden. Die Bezahlösungen bis zum Endnutzer sollten die Anbieter unter marktwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen etablieren können.

Das erfüllt mich mit Sorge. Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, die von den politischen Verantwortlichen geschaffen werden. Dies scheint im Moment schwierig zu sein. Dadurch wird in Deutschland zu wenig investiert, weil sich Unternehmen zurückhalten beziehungsweise lieber im Ausland investieren. Das ist tatsächlich ein Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dazu kommen die Transformationserfordernisse, aber: Made in Germany hat weiterhin eine sehr große Strahlkraft und Deutschland verfügt immer noch über starke und innovative Unternehmen, die auch mit all den genannten Herausforderungen umgehen können. Gerade der Mittelstand sticht hier hervor. Nur würde ich mir wünschen, dass diese Unternehmen noch mehr Unterstützung von einer zukunftsorientierten und wachstumsfreundlichen Politik erhalten.



Foto: VÖB (Dominik Butzmann)

Iris Bethge-Krauß



Hauptgeschäftsführerin, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V., Berlin

Seit drei Jahren stehen die Förderinstitute des Bundes und der Länder mit ihren Programmen der Politik, den Bürgern und den Banken und Sparkassen intensivst zur Seite. Egal ob es die Bewältigung der Corona-Pandemie, die Digitalisierung, die nachhaltige Transformation der Wirtschaft, das Wohnungsproblem, die Energieproblematik, um nur einige Beispiele zu nennen, betrifft. Das wird sich auch 2023 nicht ändern. Allerdings sieht die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands so langsam wieder etwas mehr Normalität einkehren. Zwar seien die Förderbanken immer noch mit Krisenprogrammen befasst, aber viel mehr noch fungierten sie als Gestalter der Transformation und richteten den Blick nach vorn. Das wünscht sich Iris Bethge-Krauß auch von der Politik, die verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen müsste, um weiteren Schaden vom Standort Deutschland abzuwenden. (Red.)

### Welche Rolle spielt Europa hierbei, zum einen als Kontinent und zum anderen mit sehr vielen Regelungen und Vorschriften – besonders im Vergleich zu den Großmächten USA und China?


Eine sehr große! Es wäre wünschenswert, wenn Europa mehr an einem Strang ziehen würde, um sich unabhängiger zu machen. Aber das ist bei so vielen Einzelinteressen von 27 Mitgliedsstaaten natürlich schwierig. Allerdings wurden schon



einige Fortschritte gemacht, beispielsweise bei der Entwicklung der Kapitalmarktunion. Das geht grundsätzlich in die richtige Richtung. Dabei darf aber nicht vergessen werden, welche große Bedeutung die USA und China als Finanzmärkte, Handelspartner und als Absatzmärkte für europäische Unternehmen haben.


Gleichzeitig, Sie haben es angesprochen, fordert Europa sehr viel von Unternehmen. Nehmen Sie nur den Green Deal. Dieser ist richtig und wichtig, aber für Industrieunternehmen, Mittelstand und die Kreditwirtschaft eine sehr große Herausforderung. Das kann die öffentliche Hand allein nicht schaffen, hier braucht es auch große Anstrengungen vonseiten des privaten Sektors. Und auch hier kommen wieder die Förderbanken ins Spiel, die mit Beteiligungstöchtern und Gründungsfinanzierungsprogrammen Innovationen gezielt in diesem Bereich unterstützen.

Europa braucht eine kritische Durchsicht bestehender Gesetzgebung, schnellere Genehmigungsverfahren und bessere Bedingungen für Finanzierungen – auch über die Kapitalmärkte. Das sind alles einzelne Bausteine, die auf den ersten Blick sehr kleinteilig wirken, aber erst in Summe ein Gesamtbild ergeben.

 **Sie haben die erforderlichen besseren Investitionsbedingungen angesprochen. Nun gibt es doch mit dem Listing Act der EU und dem Zukunftsfinanzierungsgesetz zwei ganz aktuelle Initiativen. Wie sind diese aus Ihrer Sicht zu bewerten?**


Attraktive Kapitalmärkte befördern Investitionen. Hier müssen Europa, aber auch Deutschland besser werden. Von daher sind beide Initiativen sehr begrüßenswert. Aber wie immer kommt es auf die Details an. Nicht alles im EU Listing Act findet unsere Zustimmung. Denn dieser geht weit über den geforderten minimalinvasiven Ansatz hinaus. Eine derart umfassende Überarbeitung des gut bewährten EU-Prospektregimes könnte erneut Kosten bei den Emittenten verursachen und wäre damit kontraproduktiv. Darüber hinaus sehen wir die von der EU-

Kommission angestrebte umfangreiche Standardisierung von Prospekten kritisch, denn Prospekte stellen Haftungsdokumente dar, deren Ausgestaltung und Gliederung den Emittenten überlassen werden sollten.

 **Und wie schaut es genau beim Zukunftsfinanzierungsgesetz aus?**


Auch mit dem Zukunftsfinanzierungsgesetz soll der Kapitalmarkt attraktiver gemacht werden. Ein umfassendes Bündel von Maßnahmen soll auf den Weg gebracht werden, die auf die Modernisierung des Kapitalmarkts und die Erleichterung des Kapitalmarktzugangs für Unternehmen abzielen. Neben dem reinen Kapitalmarktrecht betreffen die vorgeschlagenen Änderungen auch das nationale Gesellschafts- und Steuerrecht. Sehr positiv ist die geplante insolvenzrechtliche Absicherung für Kunden von Kryptoverwahrern, für die wir uns frühzeitig eingesetzt haben.

Zu begrüßen ist auch die vorgeschlagene Einführung von elektronischen Aktien durch Erweiterung des Gesetzes für elektronische Wertpapiere. Die Befreiung erlaubnispflichtiger Finanzgeschäfte zwischen beaufsichtigten Marktteilnehmern von der AGB-Kontrolle ist ein erster, leider nur zögerlicher Schritt. Im internationalen Wettbewerb der Rechtsordnungen ist das AGB-Recht ein wichtiges Gebiet und mehr Rechtssicherheit dient der Attraktivität des deutschen Rechts. Wir werden uns im weiteren Gesetzgebungsverfahren für weitere Modernisierungsmaßnahmen am Kapitalmarkt aussprechen.

 **Mit Blick auf die Geldpolitik werden Forderungen nach einer Zinserhöhungspause lauter. Zu Recht?**

Sehr viele Faktoren, darunter die Lieferengpässe während der Pandemie und die durch den Krieg resultierenden hohen Energiepreise, haben die Inflation immer weiter in die Höhe getrieben. Um der Inflation entgegenzuwirken, erhöhte die EZB seit vergangenem Sommer stetig die Zinsen und holte Europa damit aus einer zu langen Periode der Niedrigzinsen heraus. Das ist gut so.

Die Inflationsraten sind mit 4,9 Prozent in den USA, 7 Prozent in Eurozone und 6,1 Prozent in Deutschland noch weit von der Zielmarke der EZB entfernt. Die Antwort auf Ihre Frage ist daher nein. Zwar gehen die Gesamtraten zurück, allerdings zeigt sich bei den Kernraten noch wenig Entspannung: Die Kerninflationsrate erweist sich als deutlich hartnäckiger und es ist davon auszugehen, dass sie auf einem erhöhten Niveau verharret. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass die EZB noch nicht von ihrem derzeitigen Kurs der Zinserhöhungen abweicht, denn eine Lockerung der Zinsen würde jedwede vorangegangenen Bemühungen zunichtemachen.

 **Was bedeuten diese veränderten Rahmenbedingungen für die Verbandsarbeit des VÖB? Hat sich die Arbeit des Verbandes in den vergangenen Jahren verändert?**

Die Finanzierung und Förderung der Transformation dominiert zwischenzeitlich fast alle Verbandsthemen. Zusätzlich kamen und kommen neue regulatorische Themen und Entwicklungen hoch. Eine Entschleunigung oder gar Pause in der Bankenregulierung können wir nicht konstatieren. Folglich haben wir neue Zuständigkeiten geschaffen und die fachliche Zusammenarbeit in unseren Gremien überarbeitet, um den Verband noch schlagkräftiger und flexibler aufstellen zu können. Unter Beibehaltung unserer fachlich versierten und vertrauensvollen Arbeitsweise achten wir allerdings darauf, entsprechend unserem Strategieprozess 2025+ die Gremienstruktur weiterhin schlank zu halten.

Hinzu kommt: Der Austausch mit den Mitgliedern ist sehr viel digitaler geworden. Hier hat die Corona-Pandemie wirklich als Beschleuniger gewirkt. Wir sind heute noch enger an den Mitgliedsinstituten dran. Das musste neu organisiert werden. Der enge Austausch ist für unsere Arbeit extrem wichtig. Wir brauchen den Input aus den Instituten, um zu wissen, wo der Schuh drückt. Auch das Thema Aus- und Weiterbildung durch Seminare hat in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Und im

Bereich Nachhaltigkeit hat unsere Tochter VÖB-Service das Taxo Tool entwickelt, mit dem unsere Mitglieder checken können, ob ihre Angebote taxonomiekonform sind. Das wird mittlerweile auch vom DSGVO, dem vdp und einigen privaten Banken genutzt.

**Und wie ist es mit Blick auf die Außenwirkung, also die Lobbyarbeit? Ist es angesichts der Fülle von Themen, die auch die Politik bewältigen muss, schwieriger geworden, mit Ihren Themen durchzudringen?**

Schwieriger würde ich nicht sagen. Aber Lobbyarbeit ist vielfältiger geworden. Mit Blick auf die europäischen Regulie-

ter, Gehör zu finden. Das gilt vor allem auch mit Blick auf die vielen Institutionen, die in Sachen Regulierung inzwischen mitmischen. Das ist für jeden Verband, auch für den VÖB, eine große Herausforderung.

**Wie nehmen Sie aktuell die Diskussionen in Brüssel, Straßburg, Basel und andernorts zum Thema Bankenkrise, ausgelöst durch die Silicon Valley Bank und die Credit Suisse, wahr?**

Es ist schon eine gewisse Sorge und Unruhe zu spüren. Entsprechend gibt es Tendenzen, die regulatorischen Zügel noch weiter anzuziehen. Dies wäre aus unserer Sicht allerdings die falsche Reak-

---

**„Es sollte ein langfristiges regulatorisches Gesamtbild definiert werden.“**

---

rungsvorhaben leistet unsere stark ausgebauten Präsenz in Brüssel hervorragende Arbeit. Dadurch sind wir auch über neue Themen zeitnah und gut informiert.

Daneben arbeiten wir sehr eng mit europäischen Verbänden wie dem EAPB und seit kurzem dem EBF zusammen, um noch schneller an Informationen zu kommen. So können wir unsere Positionen noch früher einbringen. Unabdingbare Basis für eine erfolgreiche Lobbyarbeit ist und bleibt im Übrigen eine ausgezeichnete Facharbeit. Mit fachlich gut begründeten Anliegen können wir unsere Positionen nach wie vor gut vertreten.

**Aber dringt ein einzelner Verband da wirklich durch? Müssen wesentliche Schritte nicht gemeinsam über die Deutsche Kreditwirtschaft erfolgen?**

Natürlich dringen wir in einem gemeinsamen Antritt mit der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) und auf europäischer Ebene mit EAPB sowie EBF sehr viel stärker durch. Dabei hilft, dass die einzelnen Verbände der DK sehr häufig einer Meinung sind. Das macht es natürlich leicht-

er, denn wir haben mit den Fällen in der Schweiz und den USA kaum Überschneidungspunkte.

Es sind Einzelfälle, die vielmehr aufgezeigt haben, wie wichtig es ist, über eine gute Governance und ein angemessenes Risikomanagement zu verfügen. Wie von den europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden konstatiert, gibt es keine Anzeichen für eine systemische Bankenkrise. Deutsche Banken haben weder Kapital- noch Liquiditätsprobleme. Und das Vertrauen in die Institute ist intakt, wie die Reaktionen nach den Fällen in den USA und der Schweiz gezeigt haben. Kunden sind besonnen geblieben.

Europa ist sehr gut reguliert, sicher sogar schon an der einen oder anderen Stelle überreguliert. Da finde ich es sehr bedauerlich, dass nun nicht stärker differenziert wird, sondern gleich wieder reflexhaft über mehr Regulierung gesprochen wird. Da müssen wir als Verband und als Banken gegenhalten. Denn eigentlich brauchen die Institute wieder etwas mehr Luft zum Atmen und regulatorische Erleichterungen – insbesondere, um den vielfältigen Krisen- und Transformationsherausforderungen zu begegnen.

**Aber wie kann man sonst das Vertrauen in Kreditinstitute stärken? Wie fragil dieses sein kann, haben die angesprochenen Fälle aus den USA und der Schweiz deutlich gezeigt.**

Vertrauen ist ein sehr fragiles Gut, in der Tat. Da ist es hinderlich, wenn Politik und Aufsicht zusätzlich Öl ins Feuer gießen, indem sie die gut funktionierenden deutschen Einlagensicherungssysteme erneut hinterfragen. Das ist der falsche Weg. Gerade jetzt muss den Kunden doch signalisiert werden, wie gut diese Einlagensicherungs- und Institutssicherungssysteme sind und dass die Einlagen hervorragend geschützt sind, selbst wenn ein Institut in Schieflage geraten sollte.

Es liegt aber auch an den Instituten selbst und den Verbänden, mithilfe guter Kommunikation und mehr Transparenz um Vertrauen zu werben. Wir müssen noch deutlicher machen, wie Banken aufgestellt sind, welche Funktionen Banken erfüllen und wie sicher sie sind. Banken und Sparkassen sind dafür da, für Sicherheit zu sorgen und Risiken zu managen.


**Welche aktuellen regulatorischen Themen beschäftigen den VÖB derzeit am meisten?**

Da ist natürlich immer noch Basel III ein Thema, was noch nicht abgeschlossen ist. Im Gegenteil, es wird aufgrund der Vorfälle in den USA und der Schweiz schon wieder über eine Aktualisierung der Vorschriften spekuliert. Hier wäre es wichtig, einen Schlussstrich zu ziehen. Parallel hat die EU-Kommission ihre Vorschläge zur Überarbeitung der EU-Vorgaben zur Bankenabwicklung und Einlagensicherung (CMDI) angestoßen, die wir insgesamt sehr kritisch sehen. Hinzu kommen die bereits angesprochenen Themen, wie die Einführung eines digitalen Euros oder die Ausgestaltung der Kapitalmarktunion.

Übergeordnet wünschen wir uns, dass ein langfristiges regulatorisches Gesamtbild definiert wird. Weg von dem praktizierten Klein-Klein und dem Versuch, alles und jeden regeln zu wollen, hin zu einer prinzipienorientierten Regulierung und großen Linien. Aber es ist sehr, sehr

schwer, mit solchen Wünschen durchzu-  
dringen, auch wenn wir Unterstützung  
von allen Bankenverbänden haben.

Weiterhin sollte bei regulatorischen The-  
men die Verhältnismäßigkeit bezie-  
hungsweise das Proportionalitätsprinzip  
gewährleistet sein sowie individuelle Ge-  
schäftsmodelle und Vernetzungen der  
Institute angemessen berücksichtigt wer-  
den. Und es sollte auf Erfahrungen  
aufgebaut werden, die in den jüngsten  
Krisen gezogen wurden. Der Praxistest  
von den bereits ergriffenen Regulie-  
rungsmaßnahmen sollte zunächst abge-  
wartet werden, bevor diese erneut ange-  
passt werden.


 **Sie haben vorhin erwähnt, wie  
wichtig es sei, dass der Verband  
näher an die Mitgliedsinstitute  
gerückt ist, um schneller zu erfahren, wo  
der Schuh drückt. Wo drückt denn der  
Schuh? Was bekommen Sie beispielswei-  
se in den VÖB-Vorstandssitzungen oder  
bei anderen Gelegenheiten gespiegelt?**

Wie bereits erwähnt, treibt unsere Mit-  
gliedsinstitute gegenwärtig vor allem das  
Thema nachhaltige Transformation um.  
Wir haben gemeinsam ein Leitbild der  
öffentlichen Banken als Gestalter der  
Transformation erarbeitet. Unsere Mit-  
glieder setzen dieses klare Bekenntnis  
um und dazu brauchen sie eine umfas-  
sende Unterstützung des Verbandes.

Die regulatorischen Anforderungen an  
die Banken steigen – auch aufgrund der  
Nachhaltigkeitsbestrebungen. Die Bedin-  
gungen sind nicht ganz einfach, weil die  
Komplexität zunimmt. Derzeit redet die  
Aufsicht vor allem über „E“, etwas weni-  
ger über „S“ und „G“. Da kommen noch  
viele weitere Anforderungen auf die In-  
stitute zu.

Die zweite große Herausforderung ist  
das Thema Personal. Der Fachkräfteman-  
gel macht sich auch bei unseren Mit-  
gliedsinstituten bemerkbar. Junge Men-  
schen legen mittlerweile sehr viel Wert  
darauf, mit ihrer Arbeit etwas Sinnvolles

zu leisten. Diesen „Purpose“ können öf-  
fentliche Banken natürlich bieten – zum  
Glück.

 **Frau Bethge-Krauß, wenn Sie als  
Hauptgeschäftsführerin des VÖB  
drei Wünsche frei hätten, was  
würden Sie sich wünschen?**

Das ist eine gute Frage. Ich wünsche mir,  
dass die Förderbanken ihre wichtigen  
Aufgaben weiterhin so erfolgreich fort-  
führen und eine Vorbildrolle bei der  
nachhaltigen Gestaltung der Wirtschaft  
und Gesellschaft einnehmen. Als zweites  
wünsche ich mir noch mehr Verständnis  
der Brüsseler Akteure für die Nöte und  
Anregungen der Banken. Deutschlands  
Sonderrolle wird auch nach vielen Jahren  
und noch mehr Gesprächen nicht immer  
ganz verstanden. Und zuletzt wünsche  
ich mir weiterhin so tolle Kolleginnen  
und Kollegen im Team des VÖB, da  
sie mit ihrer qualitativ hochwertigen  
Arbeit das Herzstück des Verbands aus-  
machen.